

Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, November 2009



Liebe Freundinnen und
Freunde,

Die Karlsruher haben uns mal wieder gezeigt, dass sie uns mögen: ...nicht, dass wir darauf unbedingt achten sollten, wenn wir unsere Ziele verfolgen, aber diesmal waren wir die Einzigen, die über Inhalte geworben hatten und wurden tatsächlich dafür belohnt. Jetzt ist es nicht mehr, wie 2005 jede siebte Karlsruherin, sondern fast jede fünfte, die uns Grünen ihre Zweitstimme gegeben hat. Sylvia wurde von den KarlsruherInnen noch besonders belohnt. Sie erhielt unglaubliche 15,2% der Erststimmen. Hier noch mal ein Riesendank an Ulrike, die Sylvias Wahlkampf spitzenmäßig gemanagt hat. Da haben dann auch die Wähler eher nach Sympathie als Strategie gewählt, was uns nicht weiter schwer fällt nach zu empfinden. Und auch Jörg hat in Karlsruhe-Land ein super Ergebnis eingefahren, bei dem er seinen Erststimmenanteil von 5,9% auf 10,1% verbessert hat.

All das hilft uns auch bei unseren homöopathischen Mitgliederzahlen. Mit unserem Angebot einer Schnuppermitgliedschaft in Verbindung mit der Wahlkampfzeit brachte das zusätzliche 31 Schnuppergrüne. Damit sind wir jetzt 245 in Karlsruhe. Hört sich wenig an, ist aber für Grüne gar nicht schlecht.

Weil wir jetzt im Herbst des Superwahljahres so viel Übung im Wählen haben, wählen wir auch gleich noch einen neuen Kreisvorstand. Neuer (und zum Teil altbekannter) Vorstand ist Doris Maier-Göckel, Sabine Just-Höpfinger, Istvan Pinter, Jörg Rupp und Alexander Salomon als Kassierer. Wir wollten es noch ein wenig spannend machen und werden den letzten Platz aller Voraussicht nach im Dezember besetzen.

Im Rechenschaftsbericht in der letzten MV hatten wir die vielen Aktionen in unserer - nicht für alle verlängerten - Vorstandszeit noch einmal Revue passieren lassen. Auch wenn beim vegetarischen Grillen auf dem Gelände des zukünftigen Fleischwerks mein Tofu eher die Vegetarier konvertierte, hatten wir viel Spaß. Und es wird auch gleich so weiter gehen, da der nächste Wahlkampf schon vor der Tür steht: Die gute Tante U-Strab stellt sich diesmal zur Wahl. Hier wurden von den Karlsruherinnen inzwischen unglaubliche 28000 - ACHTUNDZWANZIG TAUSEND !!! Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Mit einem Minimum von 20000 Unterschriften ist das ein ganz guter Puffer, da einige Unterschriften bei der Überprüfung sicher doppelt oder ungültig sind. Aber auf die Überprüfung der Unterschrift Heinz Fenrichs bin ich trotzdem sehr gespannt.

Alles Liebe Euer Christian

Inhalt

Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	2
Termine	2/3
Antrag Jörg Rupp „Blog“	3

Aus der Gemeinderatsfraktion:

• Gemeinderatssitzung 20.10.09	4
• Anträge und Anfragen	6
• Gemeinderatssitzung 29.09.09	8

Aus der Landtagsfraktion:

• Bioessen in Kantinen	9
• Immissionsschutzrecht	9
• Elektrosensibilität	10
• „Toter Rhein“	10
• Burundiabend	11
• „Doppeltes Abi“	11
• Initiativen	12
• Pressemitteilungen	12

Aus der Bundestagsfraktion:

• Atomares Endlager	13
• Verglasungsanlage	13
• „Nichts gelernt“	14
• Eindrücke BDK	15

Kontakte	16
----------	----



.....



bedenklich schaut OB Fenrich auf über 28.000 Unterschriften

November-Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 18.11.09 um 20.00 Uhr in der „Walhalla“, Augartenstraße 27, 76137 Karlsruhe

TOPs:

- Neuregelung der Beitragsabführung der MdL's
- Wahl der Vertreter in den Landesfinanzrat
- Stand Bürgerbegehren/Bürgerentscheid "U-Strab", Finanzantrag
- Antrag Jörg Rupp „Blog“
- Bericht über BDK

AK Familie

für alle, die sich für das Thema interessieren und politisch etwas bewegen wollen

Mi, 25. November um 19 Uhr im "Trompeter von Säckingen" am Mühlburger Tor

Interessierte Mitglieder und Nichtmitglieder sind herzlich eingeladen, mit uns alle Themen zu diskutieren und voranzubringen, die mit Familien zu tun haben: ÖPNV, Betreuung, Bildung, Arbeit, Stadtplanung etc.

Dezember-Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 9.12.2009, 20.00 Uhr, Ort folgt

Tagesordnung u.a. : Bericht von der LDK; Nachwahl eines Frauenplatzes im Kreisvorstand

Antrag von Jörg Rupp für die Tagesordnung der nächsten Mitgliederversammlung

Der MV des KV Karlsruhe möge beschließen, dass das Blog unter für alle interessierten www.-karlsruher-gruener-machen.de Mitglieder nach Vorbild des Blogs des grünen Landesverbandes auf einfachen Antrag an den Vorstand zum Beiträge schreiben geöffnet wird. Gastbeiträge von Nichtmitgliedern sind nach Rücksprache mit dem Vorstand und dessen Genehmigung möglich.

Begründung:

Seit der Kommunalwahl liegt diese Seite mit ihren Möglichkeiten leider brach - der letzte Eintrag ist der Hinweis auf die Schnuppermitgliedschaft. Wir hätten hier die Möglichkeit, nicht nur Beschlüsse, sondern auch

eigene Pressemitteilungen und Einzelansichten (nicht nur) zu Karlsruher Themen abzubilden. Ein gut besuchtes Blog könnte auch zur Meinungsfindung beitragen. Und ein gut besuchtes Blog ist immer auch eine Alternative in der Karlsruher Nachrichtenlandschaft.

Ganz unseren basisdemokratischen Grundsätzen verpflichtet, geben wir interessierten BürgerInnen auch die Möglichkeit, auf unsere Entscheidungen oder Beiträge zu reagieren. Und wir könnten bei Interesse auch verbundenen Initiativen den Raum zur Verfügung stellen, Meinungen, Hintergründe im Blog darzustellen. Damit entsteht im Idealfall eine grüne Online-Zeitung für Karlsruhe. Auch Anträge an

die MV könnten im Blog mit Hintergrundmaterial klarer gemacht werden. Die Interaktivität, die uns Web 2.0-Technologien geben, sollten wir nutzen, da wo sie sinnvoll sind und wo sie auch zu bewältigen sind. Mit einem Blog ist das durchaus möglich. Und wir erreichen auf diesem Weg auch die Leute, die solche Sachen auch nutzen und einen papiernen oder pdf-Rundbrief vielleicht eher langweilig finden.

Ein MV-Beschluss ist meines Erachtens notwendig, damit die Initiative auch breit im KV getragen wird und sich möglichst viele - nicht nur die jüngeren oder eh-bloggende wie ich - sich einbringen und Beiträge schreiben.

AUS DER KARLSRUHER GEMEINDERATSFRAKTION

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates am 20. Oktober 2009:

In dieser Gemeinderatssitzung führten einmal mehr ein GRÜNER Antrag und verschiedenen Anfragen zur Kombilösung zu einer erregten Diskussion.

Gemeinsam mit Freien Wählern und Linken hatten wir in einem Antrag mehr [Transparenz von Kosten und Finanzierung der Kombilösung](#) gefordert – und wurden in der [Antwort der Verwaltung](#) auf die im Aufsichtsrat vorgelegten Unterlagen verwiesen. Dies wurde – nicht nur von unserer Fraktion – heftig kritisiert, denn erstens sind die Unterlagen und Diskussionen der Aufsichtsräte nichtöffentlich und zweitens bemängelte Bettina Lisbach als langjähriges GRÜNES Aufsichtsratsmitglied, dass bisher noch nicht einmal dort detaillierte Zahlen, geschweige denn ein stichhaltiges Finanzierungskonzept vorgelegt wurde. Am Sitzungstag erhielten wir dann als [Tischvorlage](#) noch eine weitere Zusammenstellung, aus der hervorgeht, dass die Zinsen für den Bau des U-Strab-Tunnels ab dem Jahr 2016 ca 6 Mio € jährlich betragen werden. Zusammen mit weiteren ca 2 Mio € für den Unterhalt und 2 Mio € für Abschreibungen werden also 10 Mio € jährlich zusätzlich zu tragen sein.

Wer soll das bezahlen? Die Unterlage von Stadtverwaltung und KASIG geht von einer „Ergebnisverbesserung“ von 4 bis 5 Mio € durch den Tunnelbetrieb aus. Woraus diese entstehen soll, wurde uns bereits in einer [Antwort](#) auf eine entsprechende

Anfrage im Frühjahr diesen Jahres nur äußerst grob umrissen: „...z.B. geringere Umlaufzeiten, Anstieg Beförderungszahlen“.

Zusätzlich zu diesem Defizit von jährlich 4 bis 5 Mio €, das die VBK durch zusätzliche Einnahmen decken muss, bleibt ein jährliches von der städtischen Holding KVVH zu tragendes Defizit zwischen 6,1 Mio € in 2017 und 5,0 Mio € in 2020!

Dazu ein Zitat zur Lage der KVVH aus dem vorigen Beteiligungsbericht (S. 32f): „Für die KVVH GmbH wird nach den Berechnungen des Wirtschaftsplans im Geschäftsjahr 2009 ein deutlicher Rückgang des Ergebnisses erwartet. Es wird dabei von einem **Verlust in Höhe von 0,5 Mio €** ausgegangen... Bei der Erstellung dieser Ergebnisprognose war der zwischenzeitlich eingetretene **konjunkturelle Abschwung** in seiner drastischen Auswirkung auf die Weltwirtschaft und dabei auch für die Bundesrepublik **...noch nicht berücksichtigt.**“ (Hervorhebung im Original)

Für Turbulenzen sorgte auch ein von uns eingereicherter Antrag für ein Moratorium aller Tunnelvorbereitungen bis zum Ergebnis des Bürgerentscheides. Der Antrag wurde von uns fristgerecht für die November-Sitzung eingereicht, vom OB jedoch bereits in der Oktober Sitzung vorgelegt. Mit einer [Pressemitteilung am folgenden Tag](#) schafften wir hier Klarheit. Bettina führt weiter aus: „Sobald die gesammelten Unterschriften erst einmal im Rathaus

vorliegen, werden sich auch die U-Strab-Kritiker in den Reihen von CDU, SPD und FDP verstärkt zu Wort melden. Von unserer Arbeit im Bündnis wissen wir, dass es in allen Parteien zahlreiche Tunnelgegner gibt. Deren Aufgabe ist es jetzt, in ihren Fraktionen die notwendige Überzeugungsarbeit zu leisten. Nur dann gibt es eine Chance, in der Novembersitzung des Gemeinderates eine Mehrheit für ein Moratorium zusammen zu bringen.“

Weitere Themen in der Sitzung waren:

Soziales Wohnen – in einem interfraktionellen Antrag mit der CDU zum Thema [Soziales Wohnen hatten wir vorgeschlagen](#), dass die Stadtverwaltung auf die auf dem Wohnungsmarkt agierenden Gesellschaften, Vereinigungen und Interessenvertretungen zugeht und mit ihnen einen Arbeitskreis bildet, dessen Aufgabe darin besteht, ein Konzept zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und ein zeitliches Umsetzungskonzept dafür zu erarbeiten. Dabei soll besonderen Wert auf die Zielgruppe derer gelegt werden, die sich am Markt aus unterschiedlichen Gründen nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.

In der [Antwort der Verwaltung](#) wurde auf eine bereits bestehende „Arbeitsgruppe Wohnraumbesichtigung“ verwiesen, die solche Gespräche vorbereiten und eine „Zukunftskonferenz Wohnungsmarkt Karlsruhe“ vorbereiten soll. Ein erstes Gespräch dazu wird bereits im No-

vember 2009 stattfinden; wir sind auf die Ergebnisse gespannt. Denn: Es ist absehbar, dass sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt verschärfen wird, daher müssen bald erste Fortschritte erzielt werden.

Leitlinie Energieeffizienz und nachhaltiges Bauen – Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Initiative der CDU-Fraktion abgesetzt. Außerdem wurde von der CDU ein Zusatzantrag zum European Energy Award gestellt, der darauf abzielte, das von der Stadt Karlsruhe vorgeschlagene Maßnahmenpaket zu verkleinern. Dieser Antrag wurde einstimmig von allen anderen Fraktionen abgelehnt, so dass der Energy Award nun im geplanten Umfang angegangen werden kann.

Hier wird sichtbar, wie sich die CDU die Karlsruher Haushaltskonsolidierung vorstellt: Nicht nur im Sozial- und Kulturbereich, sondern auch beim Klimaschutz können und sollen aus ihrer Sicht städtische Standards gesenkt werden, um kurzfristig Ausgaben zu sparen.

“Wenn die Kasse klamm ist, kann man es sich nicht leisten, energetische Sanierung auf die lange Bank zu schieben!“ – so hatten wir uns schon [im September](#) zum Thema geäußert.

Die [Antwort](#) auf unsere Fragen nach der durch das Land vorgenommenen [Kürzung von Landschaftspflegemitteln](#) hat unsere Befürchtungen in vollem Umfang bestätigt:

Anfang Mai hatte das Umweltamt die Nachricht erhalten, dass anstatt wie in den Vorjahren ca 70.000 € lediglich 20.500 € für

Landschaftspflegemaßnahmen zur Verfügung stehen!

Mit diesem Geld konnten lediglich frühzeitig bewilligte und schon durchgeführte Projekte sowie dringend erforderliche und unabwendbare Pflegemaßnahmen finanziert werden. Mitte Juni und Ende August wurden dann weitere 20.500 € nachbewilligt, die jedoch für spezifische Zwecke gebunden waren. Insgesamt konnten nur ca. 60 % der für sinnvoll und erforderlich gehaltenen Projekte unterstützt werden.

Weil die Mittelkürzungen gleichsweise spät bekannt wurden, haben städtische Ämter versucht, eigene beantragte Maßnahmen in Eigenleistung und ohne Förderung durchzuführen. Die dadurch freigesetzten Mittel konnten für die von den Naturschutzverbänden und von Landwirten beantragten Maßnahmen eingesetzt werden, um das Vertrauen in die Zuverlässigkeit des Finanzierungsinstrumentes nicht zu gefährden.

Dies kann nur einmalig geschehen; eine Umstellung des Pflegemanagements, um dauerhaft Mittel einzusparen, wird vom Umweltamt nicht für möglich gehalten.

Sollten tatsächlich Pflegemaßnahmen in den kommenden Jahren nicht mehr wie geplant durchgeführt werden, werden die bestehenden Erhaltungs- und Entwicklungsziele nicht erreicht. Was dies für die Natura-2000-Gebiete bedeutet, kann noch nicht abgesehen werden.

JedeR GärtnerIn weiß, dass nach einigen Jahren Vernachlässigung ein hoher Aufwand nötig ist, um Flächen wieder in ihren früheren guten Erhaltungszustand zu bringen.

Auf unsere [Anfrage](#) zu einer Zwischenlösung für das Kinder- und Jugendhaus in der Südweststadt, das aus seinem bisherigen Domizil in der Otto-Sachs-Straße 1-5 zum Ende Oktober ausziehen muss, erhielten wir die schriftliche [Antwort](#), dass dieser Auszug nicht aufschiebbar ist und dass auch im derzeit leer stehenden Kantinengebäude des ehemaligen Versorgungsamtes Ecke Kriegsstraße/ Brauerstraße kein Provisorium möglich ist.

Auf mündliche Nachfrage in der Sitzung erfuhren wir dann, dass derzeit an einer Notlösung gearbeitet wird: Gegenüber vom bisherigen Standort sollen in einem gegenüberliegenden Grünstreifen zwei Bauwagen den Kindern und Jugendlichen provisorisch als Kinder- und Jugendhaus dienen.

Neue Anträge und Anfragen für den Gemeinderat

In den letzten Wochen haben wir folgende Anträge und Anfragen gestellt:

Mit dem Antrag vom 20. Oktober zum [BürgerInnenbeteiligungshaushalt](#) haben wir ein Wahlkampfversprechen eingelöst: Gemeinsam mit Linken und Freien Wählern beantragen wir, dass zum nächstmöglichen Zeitpunkt das Verfahren für einen BürgerInnenbeteiligungshaushalt eröffnet wird.

Hierbei sollen die BürgerInnen auf verschiedenen Ebenen die Möglichkeit haben, haushaltsneutrale Vorschläge für eine (Um-) Verteilung der städtischen Finanzmittel zu machen. Hierfür sollen Stadtteilkonferenzen ebenso wie eine BürgerInnen-

numfrage und Online-Tools eingesetzt werden, um unterschiedliche Gruppen anzusprechen. Der Karlsruher Haushalt, der als erster einer baden-württembergischen Großstadt nach dem neuen Kommunalen Haushaltsrecht (Doppik) geführt wird, soll hierfür transparent und unter dem Gesichtspunkt von Geschlechtergerechtigkeit (Gender Budgeting) dargestellt werden.

Sicherlich ist es möglich, hierfür Fördermittel einzuwerben; auch dies soll die Stadtverwaltung recherchieren.

Ziel ist, dass die Ergebnisse der direkten BürgerInnenbeteiligung in die Haushaltsberatungen der Gemeinderatsfraktionen einfließen können.

Im Umkreis der Diskussion um Kombilösung und U-Strab steht auch unsere Anfrage zu den geplanten [Erweiterungen des innerstädtischen Straßenbahnnetzes](#): Seit vielen Jahren sind die Strecken der Südoststadt-Straßenbahn, der Straßenbahn in der Pulverhausstraße und der Sudetenstraße sowie Verlängerungen der Strecken nach Wolfartsweier und nach Neureut-Kirchfeld ebenso in der Diskussion wie eine Verknüpfung der Straßenbahn in Durlach mit der Talstation der Turmbergbahn.

Was wird aus diesen Vorhaben? Wie steht es um ihre Finanzierung und den Planungsfortschritt in Zeiten von Steuerrückgängen und Kombilösung?

Außerdem fragen wir nach dem kommunalpolitischen Dauerbrenner Wildpark-Stadion.

In einer [Anfrage](#) möchten wir wissen, was die beiden Gutachten von Speer und Partner ge-

kostet haben. Außerdem fragen wir, in welcher Höhe die bisherigen Planungsleistungen der Stadt (Tiefbauamt) zur Einschätzung des Umbaus der Verkehrsinfrastruktur bei einem Stadionneubau am Gleisdreieck veranschlagt werden müssen.

In der derzeitigen Haushaltslage erscheint es uns unumgänglich, Großprojekte, die nicht unmittelbar der Daseinsfürsorge der KarlsruherInnen dienen, auf den Prüfstand zu stellen. Daher macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, zusätzliches Geld auszugeben, um verschiedene Stadionneubau-Optionen im Detail weiter zu prüfen. Besonders ärgerlich: Das zweite Zusatzgutachten wurde vom OB ohne Beratung in den politischen Gremien in Auftrag gegeben.

Bereits am 25. September hatten wir uns in einer [Pressemitteilung](#) dazu folgendermaßen geäußert:

„Um Missverständnisse zu vermeiden: Wir sind durchaus für einen moderaten Stadionumbau. Die Sicherheitslage muss dringend verbessert werden und die Anforderungen der DFL müssen erfüllt werden, denn in Karlsruhe sollen auch in Zukunft Bundesligaspiele stattfinden können. Seriös gerechnet sind dafür 25 Millionen Euro notwendig. Diese Summe muss die Stadt als Eigentümerin für ein saniertes Stadion ausgeben. Diese Verpflichtung tragen wir mit!“ Wir plädierten an die Vernunft von Verwaltung und Gemeinderat: „Es wäre nicht gerecht und nicht vermittelbar, soziale und kulturelle Angebote zu streichen, bei denen mit drei- und vierstelligen Beträgen viel bewegt werden kann, und die Stadtkasse gleichzeitig mit der Verzinsung und Abzahlung von

hunderterten Millionen Euro zusätzlich zu belasten.“

Ein umweltpolitisches Thema haben wir am 16. Oktober mit einem Antrag zur [Entsorgung von Energiesparlampen](#) aufgegriffen. Wir bitten um eine Darstellung der derzeitigen Entsorgungssituation für Energiesparlampen in Karlsruhe, weil zu befürchten ist, dass ein hoher Anteil davon derzeit nicht umweltgerecht entsorgt wird. Da diese Lampen Quecksilber sowie andere Schwermetalle enthalten, können dabei für Umwelt und Gesundheit erhebliche Schäden entstehen.

Außerdem bitten wir die Verwaltung um konkrete Vorschläge für ein Entsorgungskonzept für Alt-Energiesparlampen, wie etwa die Schaffung von mehr Sammelstellen mit Annahmezeiten, die auch von Vollzeit-Berufstätigen ohne Probleme in Anspruch genommen werden können.

Informationen über einen umweltgerechten Umgang mit Energiesparlampen und über die bestehenden städtischen und privaten Abgabemöglichkeiten sollen einfach zu finden sein.

Wir sind gespannt, ob der von der Firma Lightcycle durchgeführte Modellversuch, den wir sehr begrüßen, in einzelnen Wohnanlagen auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt werden kann (siehe dazu BNN 19.09.09).

In unserem interfraktionellen Antrag mit SPD und KAL greifen wir ein früheres Antragsthema wieder auf und beantragten am 15. Oktober die [Umwidmung der](#)

Südtangente zwischen der Auto-
bahnabfahrt Karlsruhe-Mitte bis
zum Kühlen Krug zur B10:

Durch eine Verlegung der B 10 auf die Südtangente mit Umwidmung der Kriegsstraße zur Kreisstraße ergeben sich die notwendigen Voraussetzungen, um die Karlsruher Innenstadt vom Durchgangsverkehr weiter zu entlasten. Insbesondere im Bereich der Kriegsstraße West werden damit Maßnahmen zur Umgestaltung und zur Verkehrsberuhigung möglich, die durch den Status als Bundesstraße bisher behindert wurden.

Darüber hinaus ist ein zusätzlicher Lärmschutz auf der Südtangente unerlässlich, um eine Entlastung für die Stadtteile Beiertheim-Bulach und Weiherfeld-Dammerstock zu erreichen.

Zu Naturschutzthemen haben wir am 8. Oktober zwei Initiativen ergriffen:

Wir beantragen die Verbesserung des Schutzes von Alt-Bäumen in Karlsruhe, indem gezielt neue Naturdenkmale ausgewiesen und unter Schutz gestellt werden. Bei diesen Neuausweisungen sollen sowohl die Vorschläge aus dem aktuellen Landschaftsplan als auch die Ergebnisse der Heldbockkartierung aus dem Jahre 2005 berücksichtigt werden.

Die Zahl der als Naturdenkmal ausgewiesenen Bäume bzw. Baumgruppen hat sich seit 1988 von 74 auf heute 51 verringert. Viele Alt-Bäume sind entweder aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes aktuell gefährdet oder aufgrund ihrer hohen Wertigkeit für die Holzwirtschaft von Fällung bedroht. Vor diesem Hintergrund müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um alte, ökologisch be-

sonders wertvolle Bäume in Wald und Offenland sowie im besiedelten Bereich zu erhalten und so gut wie möglich zu schützen.



Beispiel: Schonwald "Diebsteig"

Außerdem sollte die Stadt darauf drängen, dass die vom Ministerium für Ländlichen Raum zugesagte Neuausweisung von Schonwäldern im Hardtwald schnellstmöglich umgesetzt wird.

In einer Anfrage zu Gehölzschnitt während der Vegetationszeit erkundigen wir uns nach einer Rodungsmaßnahme, bei der im August – d.h. mitten in der Vegetationszeit – durch städtische Mitarbeiter eine ca. 3 m breite Gebüschzone entlang des Rötlingwegs in Grünwettersbach auf den Stock gesetzt und damit zerstört wurde. In diesem Gebüsch wurden Anwohnern zufolge zahlreiche Tierarten beobachtet. Derartige Eingriffe müssen gemäß § 43 des Naturschutzgesetzes Baden-Württemberg außerhalb der Vegetationsperiode durchgeführt werden. Auch sind Pflegeeingriffe möglichst schonend vorzunehmen, um Lebensräume für wild-

lebende Tier- und Pflanzenarten zu schützen.

Da wir immer wieder von BürgerInnen auf ähnliche Vorkommnisse hingewiesen werden, besteht Anlass zur Sorge, dass es sich bei dem geschilderten Eingriff nicht um einen Einzelfall handelt.

Wir möchten daher darüber hinaus wissen, ob es häufiger vorkommt, dass Gehölzpflege- bzw. Gehölzschnittmaßnahmen durch die Stadtverwaltung während der Vegetationsperiode vorgenommen werden – und wenn ja, wodurch dies begründet ist.

Nach der kultusministeriellen Ablehnung des Modellschulvorhabens in der Südstadt-Ost, beantragten wir am 7. Oktober 2009, dass die Stadt Karlsruhe die Ziele des Netzwerkes „In einer Schule gemeinsam lernen“ unterstützt.

Anfang 2009 hat sich ein landesweites Netzwerk aus unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppierungen, wie kirchlichen und schulischen Initiativen, Elternorganisationen, Familien- und Jugendverbänden, Parteien und Gewerkschaften, gebildet. Dieses Netzwerk verfolgt das Ziel, die landesweite Diskussion um die Einführung von integrativen Schulmodellen nach skandinavischem Vorbild zu verstärken. Es geht dabei nach wie vor um eine Schule, in der alle Kinder von Klasse 1 bis 10 zusammen lernen können, also um eine Schule, die durch innovative pädagogische Ansätze und mit individueller Förderung gleiche Chancen und einen besseren Bildungserfolg für alle Kinder ermöglicht.

Der Grundsatzbeschluss des Karlsruher Gemeinderates, eine solche Schule in der Stadt ein-

zurichten, verpflichtet die Verantwortlichen in Verwaltung und Politik, dieses Ziel weiter zu verfolgen. Das Netzwerk „In einer Schule gemeinsam lernen“ bietet dafür die zur Zeit angemessenen Rahmenbedingungen.

In einem [gemeinsamen Pressegespräch am 8. Oktober](#) erklärte die schulpolitischen Sprecherin der Fraktion Anne Segor zusammen mit Renate Rastätter, schulpolitische Sprecherin der GRÜNEN im Landtag:

„Die Hauptschulmisere erfordert eine Öffnung des Schulsystems!“

Von 26 Karlsruher Hauptschulen haben im laufenden Schuljahr 10 Schulen weniger als 85 SchülerInnen und können daher nach den Vorgaben des Kultusministers langfristig nicht weiter geführt werden. Wir GRÜNEN befürworten für jede von Auslaufen betroffene Schule passgenaue Konzepte sowie intensive frühzeitige Beratung von Eltern und Kindern.

Statt einer Zementierung des vorhandenen Schulsystems for-

dert Anne Segor, dass es bei über 100 Schulen doch möglich sein müsste, in Karlsruhe eine Modellschule nach skandinavischem Vorbild einzurichten: „Eltern, Lehrerinnen und Lehrer fordern eine pädagogisch innovative Schule in Karlsruhe, in der alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Elternhaus, sozialer und kultureller Herkunft von Klasse 1 bis 10 gemeinsam unterrichtet und individuell nach ihren jeweiligen Begabungen gefördert werden.“

Kurzbericht aus der Sitzung des Gemeinderates vom 29. September 2009:

Die erste Sitzung nach den Sommerferien war im Wesentlichen durch die Besetzung zahlreicher gemeinderätlicher Gremien bestimmt. Dadurch, dass unsere Fraktion in den Kreis der „großen“ Fraktionen aufgestiegen ist, gab es hier viele Veränderungen und Zuwächse. Welche Fraktionsmitglieder in welchem Ausschuss und Aufsichtsrat vertreten sind, haben wir auf den [Webseiten der einzelnen GemeinderätInnen](#) ergänzt.

Unser Antrag zur [Besetzung von Führungspositionen als Tandems](#) wurde positiv [beantwortet](#): Die Stadtverwaltung wird einen entsprechenden Modellversuch durchführen, wenn im Doppelhaushalt 2011/2012 die entsprechenden Mittel bereit stehen. Diesen Antrag werden wir zu gegebener Zeit stellen.

Nach wie vor gibt es kaum funktionierende Beispiele dafür, wie es möglich ist, berufliche Führungspositionen mit Familienaufgaben, aber auch ehrenamtlicher Tätigkeit zu vereinbaren. Eine innovative Personalpolitik und wissenschaftliche Begleitung und Reflexion der gewonnenen Erfahrungen mit Tandem- und anderen Teilzeitmodellen können dazu beitragen.

Alle unsere Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – auch die im Text nicht explizit erwähnten – (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, sobald sie vorliegen) sind im Wortlaut unter <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion> zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden. Finanzmarktkrise – Ergebnis einer Fehlkonstruktion

Sonst noch was

FINANZMARKTKRISE – ERGEBNIS EINER FEHLKONSTRUKTION
 Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr .Dr. Wolfgang Berger
 am **Dienstag, 3.11.2009, 19.30 Uhr in der Begegnungsstätte Karlsruhe-Grötzingen, Niddastr. 9**
 – eine Veranstaltung der Grünen Liste Grötzingen

20 JAHRE MAUERFALL – WAS HAT SICH VERÄNDERT?
 mit Bärbel Bohley, Mitbegründerin des Neuen Forums, DDR-Bürgerrechtlerin, Malerin.
Donnerstag, 5.11.2009, 18.00 Uhr im NTI-Hörsaal, KIT Campus Süd, Engesserstr. 5
 Die Veranstaltung ist Teil des Colloquium Fundamentale des Zentrums für Angewandte Kulturwissenschaft ZAK zur „Herausforderung Demokratie“,
 Infos zur gesamten Veranstaltungsreihe unter www.zak.kit.edu

AUS DER LANDTAGSFRAKTION



Renate Rastätter

Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA, Tel. 4 70 93 43
 Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiterin: Melanie Köhler, 0711/2063-680, Mo-Mi 9-17 h

Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 9 68 71 86
 Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiter: Alexander Geiger, 0711/2063-966, Mo-Mi 9-16 h



Antrag zu Bioessen in Kantinen: Baden-Württemberg muss seiner Vorbildfunktion auch beim Einkauf für Gemeinschaftsverpflegungen nachkommen



Im Jahr 1991 hat der Landtag die Umstellung von Gemeinschaftsverpflegung von Land und Kommunen auf Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau oder solchen, die das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg tragen, gefordert.

Auch in den folgenden Jahren tauchte das Thema immer wieder in Landtagspapieren auf, eine tatsächliche Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung in der beabsichtigten Weise hat aber offensichtlich noch immer nicht stattgefunden.

Dass Gemeinschaftsverpflegungen auf biologisch erzeugte Produkte umgestellt werden können, zeigen aber zahlreiche erfolgreiche Projekte z. B. in Österreich, wo Landeseinrichtungen mindestens 25 % Bio-Lebensmittel einsetzen sollen, und auch aus Deutschland, wo mittlerweile über 1 000 Küchen das Bio-Zertifikat haben.

Wir wollen den Einsatz biologisch erzeugte Lebensmittel in Kantinen und Essensausgaben steigern. Unser kurzfristiges Ziel ist auch im Sinne einer Wahlmöglichkeit für die Verbraucher/-innen, dass mindestens ein Bio-Essen pro Tag sowie Bio-Getränke (Kaffee/Tee, Saft/Limonade) zu einem adäquaten Preis in allen landeseigenen Kantinen und Mensen mindestens angeboten werden.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_5177.html

Immissionsschutzrecht muss verschärft und an die Vorgaben der EU-Luftqualitätsrichtlinie angepasst werden

In vielen Kommunen Baden-Württembergs herrscht „dicke Luft“. Auch Karlsruhe musste aufgrund hoher Feinstaub- und Stickoxidwerte einen Luftreinhalte-/Aktionsplan auflegen. Da die ab 2010 geltenden Grenzwerte für Stickstoffdioxid in mehreren Städten trotz der geplanten Maßnahmen zur Luftreinhaltung nicht eingehalten werden können, hat Baden-Württemberg bei der EU eine Fristverlängerung bis 2015 beantragt.

In dieser Situation finden wir es höchst problematisch, dass es nach deutschem Immissionsschutzrecht auch weiterhin möglich ist, in hoch belasteten Gebieten neue Emittenten in unbegrenzter Zahl zu genehmigen, solange diese als Einzelmaßnahme unter das „Irrelevanzkriterium“ des Immissionsschutzrechts fallen (die Zusatzbelastung muss unter 3% der Grenzwerte liegen). Unrühmliches Beispiel hierfür ist die Genehmigung für das neue Kohlekraftwerk in Karlsruhe - das Regierungspräsidium

musste im Genehmigungsverfahren einräumen, dass nach Immissionsschutzrecht unendlich viele derartige Anlagen genehmigungsfähig wären – solange jede einzelne Zusatzbelastung als „irrelevant“ eingestuft wird. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich auf Bundesebene für eine EU-rechtskonforme Ausgestaltung des Immissionsschutzrechts einzusetzen.

Gleichzeitig ist klar - und für Stuttgart auch gerichtlich festgestellt - dass die in vorhandenen Luftreinhalte-/Aktionsplänen bisher vorgesehenen Maßnahmen einer Nachbesserung bedürfen. Die Landesregierung sollte dies als Anlass nehmen, auch andere Pläne mit dem Ziel eines verbesserten Gesundheitsschutzes zu verschärfen.

Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_5243.html

Landesregierung ignoriert das Thema Elektrosensibilität



Gisela hat in einer Anfrage das Thema Elektrosensibilität aufgegriffen und dabei insbesondere auf die Tatsache hingewiesen, dass es Personen gibt, die sich gezwungen sehen, sich in „Funklöcher“ zurückziehen. Diese Menschen habe es zunehmend schwerer, Orte zu finden, an denen sie beschwerdefrei leben können. Auch wenn sich Kausalzusammenhänge bisher kaum nachweisen lassen, vertritt Gisela die Ansicht, dass eine Abwägung zwischen dem Interesse eine 100%-igen Funknetzabdeckung und den Interessen „Elektrosensibler“ notwendig ist. Sie folgt damit dem schwedischen Ansatz, der anerkennt, dass es Personen gibt, die Beschwerden haben und Symptome aufweisen; diese sind

ernst zu nehmen, selbst wenn eine eindeutige Erklärung (im Sinne eines Kausalzusammenhangs) nicht gegeben werden kann.

Die Landesregierung hingegen zieht sich auf fehlende eindeutige Diagnosekriterien und eine fehlende wissenschaftliche Basis zurück und sieht deshalb keinerlei Notwendigkeit für die Einrichtung von Schutzzonen oder anderweitige Unterstützung.

Anfrage: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5113_D.PDF

Aus dem Wahlkreis

Radioaktive Hinterlassenschaften des Kernforschungszentrum im Linkenheimer Altrhein – Land will nicht sanieren

Von 1963 bis 2001 wurden Abwässer aus dem (Kern-)Forschungszentrum in den Linkenheimer Altrhein (auch „Toter Rhein“ genannt) eingeleitet. Das Gewässer ist inzwischen stark verschlammmt; die rund 70.000 m³ Schlamm sind mit radioaktiven Substanzen wie Strontium, Cäsium und Plutonium belastet. Obwohl das Gewässer sich in einem beklagenswerten Zustand befindet, sieht das Land aber keinen Handlungsbedarf bzw. traut sich – wohl aus Angst vor den Kosten – nicht an eine Gewässersanierung heran.

„Es ist keine Lösung, die Augen vor dieser Problematik zu verschließen, den Schlamm liegen zu lassen und sich auf die Sicherung der Abflussleistung zu beschränken“, betont Gisela, „vielmehr müsse endlich gehandelt werden“. Dies fordere auch die Gemeinde Linkenheim-Hochstetten seit vielen Jahren.

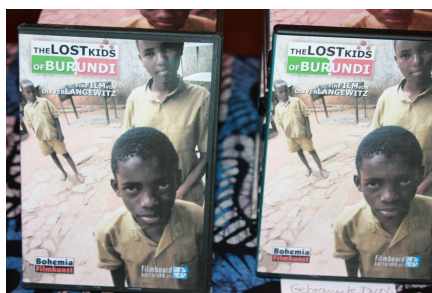
Antrag: www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/5000/14_5120_D.PDF

PM: www.gisela-splett.de/Presse/Presse-ToterRhein.htm

Burundiabend



Am 24.09.09 fand im Rahmen der Fairen Woche in der Karlsruher Stadtmittte ein Themenabend zu Burundi statt, in dessen Vorbereitung Gisela im Zusammenhang mit ihrem entwicklungspolitischen Engagement im Landtag eingebunden war. Neben einem Infomarkt und afrikanischen Speisen wurden die Gäste der gut besuchten Veranstaltung durch Auftritte einer burundisch-ruandischen Trommlergruppe unterhalten. Vorgeführt wurde der Dokumentarfilm „The Lost kids of Burundi“.



Herausforderung doppelter Abiturjahrgang 2012: Das Land verspricht gute Vorbereitung, aber die Realität sieht anders aus

Durch die flächendeckende Einführung des achtjährigen Gymnasiums im Jahr 2012 verlassen dann zwei Abiturjahrgänge die Schule und deutlich mehr junge Menschen drängen auf den Ausbildungsmarkt und in die Universitäten. Mit einem Entschließungsantrag hat sich Renate auf Landesebene dafür eingesetzt, dass die Probleme des doppelten Abiturjahrgangs 2012 gelöst werden und die Landesregierung nicht nur vorgibt, „gut vorbereitet“ zu sein, sondern diese Vorgaben auch an der Realität misst.

Die Landesregierung verfolgt mit dem Ausbauprogramm „Hochschule 2012“ das Ziel, 16.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Nach Berechnungen der Fraktion Grüne reichen diese 16.000 Studienplätze aber nicht aus. Die Landesregierung steht also in der Pflicht, bis zum Jahr 2012 die notwendige zusätzliche Anzahl von Studienplätzen zu schaffen, damit kein Studierender wegen nicht genügender Kapazitäten und Unterversorgung leer ausgeht. Zudem darf es auf keinen Fall einen Verdrängungswettbewerb zwischen Abiturienten und anderen Schulabgängern um die Ausbildungsplätze geben. In Zeiten der Wirtschaftskrise, die sich voraussichtlich erst mit Verspätung auf den Ausbildungssektor niederschlagen wird, wäre eine weitere Verschlechterung der Perspektiven von Haupt- und Realschülern verheerend.

Renate und die Grüne Landtagsfraktion fordern deshalb statt 16.000 mindestens 20.000 zusätzliche Studienplätze bis zum Jahr 2012.

Wichtig ist zudem die ersatzlose Streichung der verpflichtenden Aufnahmeprüfungen oder Auswahlgespräche, die im Jahr 2011 an den Hochschulen für alle zulassungsbeschränkten Fächer eingeführt werden. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sollen die Hochschulen selbst entscheiden, ob und welche zusätzlichen Aufnahmeverfahren sie für erforderlich halten oder bewältigen können. Der große organisatorische und personelle Aufwand für die Hochschulen sowie die Studienbewerberinnen und Studienbewerber kann dann im Jahr 2012 vermieden und gleichzeitig die Chance verbessert werden, dass alle Studienplätze auch tatsächlich besetzt werden.

Weiterhin hat Renate zusammen mit der Grünen Landtagsfraktion gefordert, dass die Landesregierung im Bündnis für Ausbildung ein breites Maßnahmenbündel in die Wege leiten muss, damit die Anzahl der Ausbildungsplätze erhöht wird. Nachdem bereits feststeht, dass die Zahl der Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) erhöht wird, muss auch eine Ausweitung der Plätze im Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ) erreicht werden.

Diese außergewöhnlichen Anstrengungen sind unverzichtbar, weil zwischen 2011 und 2013 die bevölkerungsreichsten Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen durch die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf acht Jahre zwei Abiturjahrgänge in einem Jahr haben werden: Kein Jugendlicher darf in unserem Bundesland ohne Studienchance oder betriebliche oder schulische Qualifizierung nach der Schule auf der Straße stehen. Die Landesregierung hat Renates Entschließungsantrag und die Grünen Forderungen leider abgelehnt.

Entschließungsantrag: www.landtag-bw.de/wp14/drucksachen/5000/14_5215_d.pdf

Weitere Initiativen

20.10.09 Antrag Tote Wiedehopfe – Schädlingsbekämpfung und Schädigung geschützter Arten

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_5284.html

24.09.09 Antrag Projekt des Landes zur Erhaltung und Entwicklung von Natur und Umwelt (PLENUM) stärken

www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_5150.html

23.09.09 Abgeordnetenbrief zu Sprengplätzen auf dem Truppenübungsplatz Heuberg

(Im Spitalwäldle auf dem Truppenübungsplatz Heuberg hat die Bundeswehr mit dem Bau des größten und modernsten Sprengplatzes in Europa begonnen!)

Weitere Pressemitteilungen

20.09.09 Renate Rastätter: "Eine gerechte Finanzierung der Waldorfschulen ist überfällig"

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/310/310069.renate_rastaetter_eine_gerechte_finanzie.html

16.10.09 Renate Rastätter: Neue Schulmodelle könnten viele ländliche Schulstandorte sichern

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/309/309569.renate_rastaetter_neue_schulmodelle_koen.html

27.09.09 U-Strab: GRÜNE Landtagsabgeordnete fordern echte Information statt Propaganda

www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM-Kombiloesung_27.09.09.pdf

25.09.09 Grüne unterstützen Forderungen des Bildungsfestivals

www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/306/306716.gruene_unterstuetzen_forderungen_des_bil.html

Hinweis:

Alle Drucksachen und Pressemitteilungen und auch erwähnte Abgeordnetenbriefe können im Büro von Gisela Splett oder Renate Rastätter angefordert werden.

Telefon: 0711/ 2063-966 oder -680

AUS DEM BUNDESTAG

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

21.10. 2009 Presseartikel ddp: Verfüllen und Sichern von Morsleben

In diesem Artikel geht es um die Sicherheit des Endlagers für radioaktive Abfälle in Morsleben die das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gewährleistet sieht. Hier ein Auszug aus der Mitteilung von ddp:

Das Bundesamt will bei der Stilllegung des Endlagers das stark durchlöchernte Bergwerk mit Salzbeton und zusätzlichen Abdichtungen verfüllen. Bestimmte Bereiche, wie etwa jene, in denen Abfälle lagern, und die beiden Schächte und Verbindungsstrecken sollen durch zusätzliche Sperren verstärkt und abgedichtet werden.... Billig wird das Vorhaben nicht. Das Bundesamt in Salzgitter rechnet mit Gesamtkosten von 2,2 Milliarden Euro, die bis zur endgültigen Schließung ausgegeben werden müssen. Angesichts dieser Belastung sprach sich die umweltpolitische Sprecherin der Grünen-Bundestagsfraktion, Sylvia Kotting-Uhl, für eine Beteiligung der AKW-Betreiber an Stilllegungskosten aus. «Am einfachsten ginge das über eine Brennelementesteuer, die wir seit längerem fordern», sagt sie. Rund 40 Prozent der eingelagerten Stoffe stammten aus westdeutschen AKWs von privaten Energieversorgungsun-

ternehmen, aber die Steuerzahler würden für die Endlagerung zur Kasse gebeten. Das sei völlig inakzeptabel.“ Link auf den kompletten Artikel: <http://www.dernewsticker.de/news.php?id=147051&i=jjjct>

14.10.2009 Länderzeit: Der Streit um ein atomares Endlager

In diesem Feature des Deutschlandfunks ging es am 14.10.2009 um die Endlagerproblematik: http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2009/10/14/dlf_20091014_1010_13db1e15.mp3

13.10.2009 Besuch in der Verglasungsanlage (VEK)

Gemeinsam mit einer Delegation, (Heinz Smital, Greenpeace, Bastian Zimmermann, wiss. Mitarbeiter aus Berlin, und Christian Schmid-Schönbein, Vorstand KV) wollte ich mich vor Ort vom aktuellen Stand der Sicherheitsmaßnahmen der Verglasungsanlage der WAK überzeugen.

Die Anlagenbetreiber wurden vertreten durch Dr. Martin Weishaupt, Wolfgang Pfeifer (Sprecher der Geschäftsführung, Strahlenschutzverantwortlicher) und Prof. Dr. Manfred Urban (zuständig für Projekte, Sicher-

heit und Zentrale Aufgaben WAK GmbH)

Der Verglasungsbetrieb ist nach Jahren der Verzögerung am 16.09.2009 in den „Routinebetrieb“ übergegangen, nachdem in den letzten Jahren unzählige Einzelprüfungen durchgeführt worden waren. Die letzte Verzögerung wurde übrigens durch den TÜV Südwest verursacht, dessen Testat noch fehlte, und hatte keine technischen Veränderungen/Verbesserungen als Grund.

Zur endlagergerechten Konditionierung des aus der Betriebszeit der WAK stammenden HAWC (High Active Waste Concentrate) werden insgesamt ca. 130 Kokillen mit je 400 kg Abfallglas erzeugt. Die Aktivität liegt bei 10^{15} Becquerel, die Innentemperatur beträgt zwischen 80 und 90 Grad Celsius. Der Abschluss der Arbeiten ist für Ende 2010 geplant. Das Forschungszentrum Karlsruhe hat das komplette Verglasungsverfahren entwickelt und hält das Patent darauf – das damit der öffentlichen Hand gehört.

Was die Homogenität der Kokillen betrifft, so führen eventuelle Risse laut Aussage von Martin Weishaupt zwar zu einer Oberflächenvergrößerung, nicht

aber zu einer Freisetzung von Radioaktivität. Die Behälter selbst wurden aufgrund neuer Sicherheitsstandards ausgetauscht – allerdings von etwa 20 Jahren. Laut Aussage der Betreiber ist der Behälterrückbau kein Problem.

Ein noch nicht gelöstes Problem stellt aus meiner Sicht aber das geplante Deckel-System dar: Aus einer früheren Antwort der Bundesregierung auf meine Kleine Anfrage zum Rückbau der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/129/1612989.pdf>) ging hervor, dass die Kokillen bis zu eineinhalb Jahre lang in Castoren mit nur einem einzigen Deckel in einer Art Garage aufbewahrt werden sollen. Bei der Einlagerung im Zwischenlager dagegen werden standardmäßig Castoren mit einem Primär- und einem Sekundärdeckel vorgeschrieben. Diesen Sicherheitsstandard fordere ich auch für die Lagerung auf dem WAK-Gelände. Die Argumentation, es handle sich hier um Transportbereitstellung und nicht um Lagerung, ist angesichts eines Zeitraums von eineinhalb Jahren nicht überzeugend.

Mein Fazit: Anlässlich des Besuches konnte ich mich davon überzeugen, dass meine Sorge was die Terroranfälligkeit des Transferkanals betrifft, übertrieben war. Ich konstatiere auch, dass Glaskokillen in Castoren eine sicherere Art der Endlagerung hochradioaktiven Mülls sind als abgebrannte Brennelemente in Castoren. Nicht überzeugt bin ich weiterhin davon, dass die Lagerung der Castoren mit einem Deckel ein ausreichendes Maß an Sicherheit bietet. Den weiteren Verlauf der Verglasung werde ich aufmerksam verfolgen.

8.10.2009 Statt Konzeptlosigkeit beim bewährten Konzept bleiben

Zu Tanja Gönners Ankündigung, die Energiekonzerne in der Debatte um Zusatzgewinne aus Laufzeitverlängerungen zum Einlenken zwingen zu wollen, erklärte ich:

Gönners Drohung ist wohlfeil und offenbart die Konzeptlosigkeit der Union. Mal soll der „weitaus größte Teil“ der Zusatzgewinne solle abgeschöpft werden, mal nur „ein Teil“, Gönner spricht nun von der Hälfte. Die einen wollen unbegrenzte Laufzeiten, die anderen reden von 8 bis 10 Jahren. Und während Sicherheit als Entscheidungskriterium gelobt wird, fehlt für acht Reaktoren der gesicherte Nachweis, dass es bei einer Verstopfung der Sumpfsiebe nicht zur Kernschmelze kommt. Die Union hat sich vor der Wahl offensichtlich darauf beschränkt, den Bruch des Atomkonsenses anzukündigen. Gedanken über die Konsequenzen oder ein Konzept machte sich anscheinend niemand. Es sieht auch nicht so aus, als hätte sich jemand überlegt, was Laufzeitverlängerungen für die Kapazitäten der Zwischenlager bedeuten, die für ganz bestimmte Mengen ausgelegt sind. Es ist zu befürchten, dass sich die neue Regierung von den gut vorbereiteten Energiekonzernen bei den Verhandlungen über den Tisch ziehen lassen wird. Ein solides und bewährtes Konzept bietet der geltende Atomkonsens. Er sichert mittelständischen Unternehmen aus der Energiebranche Investitionssicherheit und Arbeitsplätze. An ihm sollte nicht gerüttelt werden. Die vom Sumpfsieb-Problem betroffenen Reaktoren müssen vom Netz, bis das Problem behoben ist.

02.10.2009 Presseartikel zum Thema Atomkraft: Focus Zeitdruck für Stilllegung wächst

http://www.focus.de/politik/deutschland/asse-zeitdruck-fuer-stilllegung-waechst_aid_441302.html

1.09.2009 Union lernt aus Fehlern bei Endlager-Inbetriebnahmen nichts

Mit ihrem sturen Festhalten am Standort Gorleben ist die Kanzlerin bereit, eine ähnlich fahrlässige Entscheidung zu treffen, wie sie damals bei der Asse-Auswahl getroffen wurde. Wieder soll die billigste Variante erhalten, anstatt nach der bestmöglichen Lösung zu suchen. Kanzlerin Merkel offenbarte im letzten Winter, dass sie schlicht „keine Lust“ hat, andere Standorte zu erkunden. Diese Haltung ist angesichts der Herausforderung unverantwortlich. Wir brauchen nun unverzüglich einen transparenten und ergebnisoffenen Vergleich mehrerer Standorte, unter umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit. Dies entspricht internationalem Standard, die Schweiz, Schweden und Finnland machen es uns vor. Aufgrund der jüngsten Entwicklungen kommt Gorleben dabei nicht mehr infrage. Der Standort wird am Widerstand der Bevölkerung scheitern und ist juristisch angreifbarer denn Deutschland darf beim Atom Müll keinen gefährlichen Sonderweg gehen. In der Asse lagern nicht einmal 0,1 Prozent der in Deutschland angefallenen Radioaktivität. Und schon nach drei Jahrzehnten wurde sie zum größten Umweltproblem, das wir in Deutschland haben. Ein Endlager für hochradioaktive Abfälle muss 99 Prozent der Radioaktivität für eine Million Jahre sicher isolieren.

ren. Da darf sich eine Katastrophe wie in der Asse unter keinen Umständen wiederholen.

Übernahme unseres Azubis Nicoletta

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wurde mein Berliner "Azubi" Nicoletta Salbach vom Büro Elisabeth Scharfenberg eingestellt.

Ein Erfolg, über den sich das ganze Team mit Nicoletta freut und ihr herzlich gratuliert.

**Grün macht Zukunft -erste Eindrücke von der BDK Rostock -
zur Verfügung gestellt von Sibylle Centgraf aus meinem Berliner Büro**



Alle Infos zur BDK unter <http://www.gruene.de>
und <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/wir-machen-druck.html>



GRÜNE KONTAKTE

Bundes- und Landtagsabgeordnete:

(siehe Bundestags- bzw. Landtags-Seiten)

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Bettina Lisbach, Amthausstr. 33, 76227 KA, Tel. 9418457

Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:

Klaus Stapf, Amthausstr. 22, 76227 KA, Tel. 40 32 35
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Karin Wolff, Gabi Schiller

Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156
Mo - Fr 9 -14 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Bettina Lisbach, *Fraktionssprecherin* (Umwelt, Finanzen, Haushalt, Stadtentwicklung, Energie, Verkehr)
Amthausstr. 33, 76227 Ka, Tel. 9 41 84 57

Anne Segor, *stellv. Fraktionssprecherin* (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule), Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 8210135

Michael Borner (Soziales, Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Tierschutz)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 0176 67 50 30 15

Alexander Geiger (Demokratie, Energie, Bauen, Gesundheit, Schwule)

Scherrstr. 4, 76137 KA, Tel. 9 33 84 54

Uta van Hoffs (Wirtschaft/Arbeit, Jugend)

Geranienstr. 14, 76185 KA, Tel. 2 63 06 68

Johannes Honné (Verkehr, Umwelt, Bauen, Naturschutz, Demokratie)

Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 85 64 36

Tanja Kluth (Frauen, MigrantInnen, Tierschutz, Lesben)

Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170 - 1 61 84 35

Dr. Ute Leidig (Verwaltung/Personal, Sport, Kultur)

Kastenwörtstr. 40, 76189 KA, Tel. 9 57 32 73

Dr. Dorothea Polle-Holl (Gesundheit, MigrantInnen, Jugend, Soziales, Schule)

Willi-Egler-Str. 14, 76189 KA, Tel. 57 41 48

Manfred Schubnell (Haushalt/Finanzen, Verwaltung/Personal, Sport)

Palmaienstr. 1, 76227 KA, Tel. 9 43 03 98

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 961

Martin Pötzsche, Alte Weing. Str. 5, 76227, Tel.48 48 423

Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

Gerhard Stolz, Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19,76229,Tel 55 4124

Titus Tamm, Karl-Leopold-Str. 4, 76229 KA, Tel. 48 32 10

Dr. Gabriele Vorberg, Schultheiß-Kiefer-Str. 15a, 76229 KA, Tel. 94 83 555

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Karin Heidke, An den Vogelhardt 1, 76149, Tel. 78 20 748

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 KA

Deutsche Post 
INFOPOST

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Ursula Häffner

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 234

info@gruene-karlsruhe.de · www.gruene-karlsruhe.de

Sprechzeiten Mo + Fr 9–12 Uhr und Mi 15–18 Uhr

Bankverbindung

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67

GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro:

Istvan Pinter, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

Jörg Rupp, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch,
joergrupp@joergrupp.de

Sabine Just-Höpfinger, Am Sixenrain 7, 76199 KA,
Tel. 886044, sjh@gmx.net

Doris Maier-Göckel, Lavendelweg 19, 76149 KA, Tel.
73778, dmaiergoeckel@gmx.de

Alexander Salomon (Kassierer), Gondelsheimer Str. 1,
76139 KA, Tel. 0170/6786191, alexsal@web.de

Arbeitskreise:

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17, Mitja.Weinert@gmx.de

AK Lesben und Schwule: Alexander Geiger, ao-hga@web.de

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 85 64 36

AK Familie: Johannes Honné Tel.856436,
Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

Grüne Jugend: sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Hannah Wenk, Klosterweg 28 B14, 76137 KA,
eMail: hannahwenk@gmail.com, mobil: 015119612948

Sophie Schmid, Karlsruher Straße 81, 76327 Pfinztal

eMail: sophie.schmid@gjbw.de, mobil: 01712700271

ORTSVEREIN Durlach:

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, 76227 KA,
Tel.42 89 8

Martin Pötzsche, Alte Weingartener Str.5, 76227 KA,
Tel. 48 48 423

Cordula Sailer, Wilhelm Mössingerstr. 14, 76229 KA,
Tel. 43 268

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199,Tel. 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31,76199,Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

Herausgeber

Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

Redaktion

Sigfrid Knapp (GruenerRuBriKa@web.de)

Druck

Rufdruck Druck- und Verlags GmbH, Karlsruhe

Auflage: 260 Exemplare gedruckt, ca. 100 per Mail

Gedruckt auf Umweltpapier